



Ist Deutschlands Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe ausreichend?

Analyse und Vorausschau der *Official Development Assistance* (ODA) für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

INHALT

Zusammenfassung	1
Wie wird sich die deutsche ODA laut aktueller Planung bis 2025 entwickeln?	3
Entwicklung der Finanzierung in ausgewählten Bereichen	5
Unterstützung für die ökonomisch schwächsten Länder (<i>Least Developed Countries</i>)	6
Gesundheit	7
Entwicklungspolitische Bildungsarbeit	9
Bewältigung der Folgen des Klimawandels	10
Ernährungssicherung	11
Geschlechtergerechtigkeit	12
Starke Zivilgesellschaft	14
Fahrplan	15
Datengrundlage	17
Abkürzungsverzeichnis	18
VENRO-Mitglieder	19
Impressum	21

ZUSAMMENFASSUNG

Die globalen Herausforderungen sind enorm. Nie war der Bedarf an Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe größer. Die Corona-Pandemie hat die Zunahme globaler Ungleichheiten drastisch verschärft. Erstmals seit Jahren nimmt auch die Zahl der Menschen wieder zu, die in extremer Armut leben. Hiervon sind Frauen und Kinder besonders betroffen. Gleichzeitig gibt es mehr gewalttätige Konflikte und vielerorts sind die Folgen des Klimawandels auf dramatische Weise spürbar. Die Zahl der Menschen, die vor Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehen, stieg dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) zufolge auf 82 Millionen an. Zunehmend hungern mehr und mehr Menschen: Laut der UN-Welternährungsorganisation (FAO) haben derzeit 820 Millionen Menschen nicht genug zu essen und zu trinken.

Deutschlands Beitrag in Höhe von rund 0,73 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2020 trägt in erheblichem Maße dazu bei, die internationale Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zu finanzieren. Obwohl öffentliche Entwicklungsgelder einen Höchststand erreicht haben, zeigt die vorliegende Finanzanalyse mehrerer Arbeitsbereiche, dass viele internationale Zielmarken bei der Ernährungssicherung etwa oder für die am wenigsten entwickelten Länder bei Weitem nicht erreicht werden. Gleichzeitig ist der Bedarf an Humanitärer Hilfe gestiegen und Anzeichen einer Entspannung sind für diese Situation nicht erkennbar.

Insofern beunruhigt die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung vom Sommer 2021, weil sie trotz gesteigener Bedarfe vorsieht, die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit

und Humanitäre Hilfe stark abzusenken.¹ Sollte dies von der neuen Bundesregierung umgesetzt werden, wäre es gleichbedeutend damit, dass sich Deutschland als glaubhafter Partner in der Humanitären Hilfe und bei der Umsetzung der internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Für die schwächsten und verwundbarsten Menschen hätte dies verheerende Folgen. Hier ist es notwendig, politisch entschieden gegenzusteuern, so dass Deutschland auch in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages einen fairen Beitrag dazu leistet, die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zu finanzieren.

Damit Deutschland in den untersuchten Bereichen einen angemessenen Beitrag leisten kann, um drängende Probleme zu lösen, werden in den kommenden vier Jahren den Berechnungen zufolge für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe insgesamt bis zu 31,2 Milliarden Euro zusätzlich benötigt. Diese Studie zeigt auf, wo der Bedarf besonders groß ist:

1. Für die am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries*, LDC)² müssten jährlich mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt werden, um das Ziel zu erreichen, für diese Ländergruppe 0,2 Prozent des BNE zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzmittel für die Humanitäre Hilfe sollten mindestens auf dem Niveau des Jahres 2021 gehalten werden. Mittelfristig sollten davon 30 Prozent für lokale zivilgesellschaftliche Akteur_innen in den Krisenregionen vorgesehen werden.

¹ Gesetzentwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2022, ↗ [Drucksache 19/31500](#).

² Aktuell werden 46 Länder auf der LDC-Liste der Vereinten Nationen (UN) geführt, die alle drei Jahre durch das Entwicklungskomitee überprüft wird.

3. Für die internationale Gesundheitsversorgung erreicht Deutschland 2021 erstmals die empfohlene Marke von 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Dieser Wert müsste mindestens gehalten werden. Zudem müssten die tatsächlichen Bedarfe der internationalen Gesundheitsfinanzierung neu ermittelt werden.
4. Um die selbstgesteckten Ziele zur Reduzierung des Hungers erreichen zu können, muss die Bundesregierung ihre Ausgaben für Ernährungssicherung zusammen mit den anderen G7-Staaten verdoppeln. Die entsprechenden Mittel müssten dazu um mindestens 2,3 Milliarden Euro erhöht werden.
5. Bis 2025 müsste die neue Bundesregierung sukzessive die Haushaltsmittel steigern, die für die Abfederung der Folgen des Klimawandels eingesetzt werden. Bis 2025 sollte ein jährliches Niveau von acht Milliarden Euro an Haushaltsmitteln erreicht sein. Aktuell liegt dieser Betrag bei etwa fünf Milliarden Euro.
6. Lediglich 2,2 Prozent der deutschen ODA-Mittel gelten dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit. Dieser Anteil müsste bis 2025 auf 20 Prozent erhöht werden.
7. Die Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit liegen bei 0,74 Prozent der deutschen ODA-Mittel (159 Millionen Euro). Damit die Forderung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme*, UNDP) von drei Prozent der ODA erreicht wird, müssten die Mittel etwa vervierfacht werden.
8. Um bei der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit den OECD-Durchschnitt zu erreichen (15 Prozent), fehlen aktuell rund 1,4 Milliarden Euro.

Die Zusammensetzung der deutschen ODA

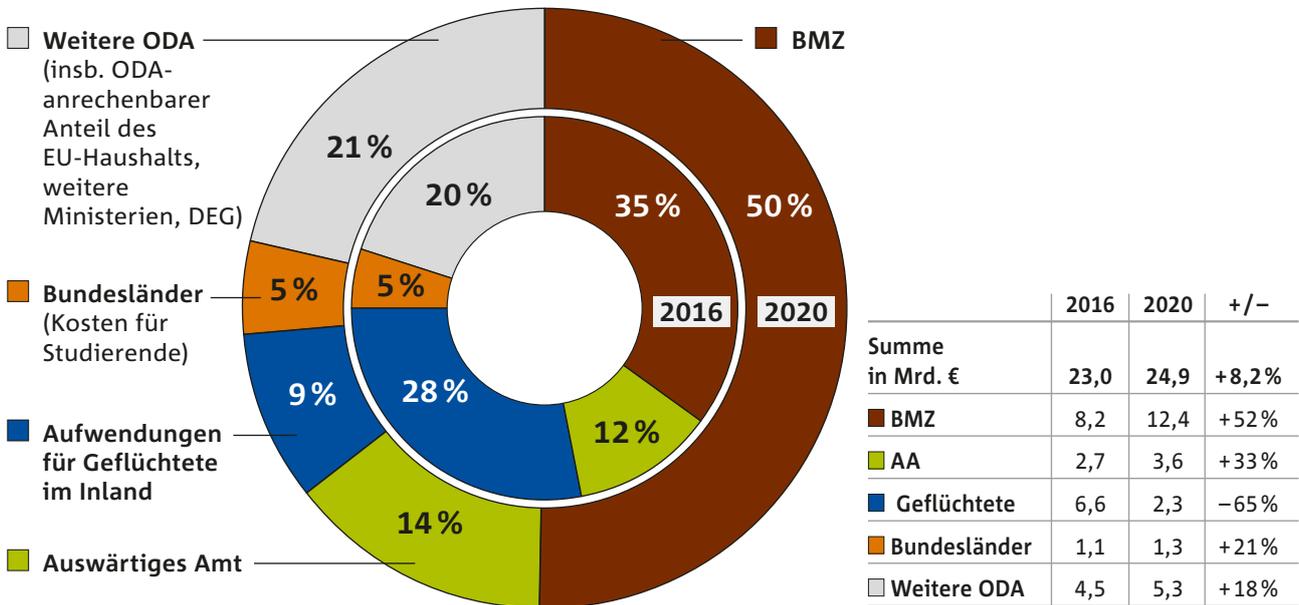
Den größten Anteil an der deutschen *Official Development Assistance* (ODA) trägt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dessen Anteil stieg von gut einem Drittel 2016 auf rund die Hälfte der deutschen ODA im Jahr 2020 an. Auch das Auswärtige Amt (AA) trägt durch seine Finanzierung von Humanitärer Hilfe und Krisenprävention zur ODA bei. Zuletzt machte sein Anteil etwa ein Achtel der gesamten ODA aus.

Zwischen 2015 und 2017 stiegen die Aufwendungen für Geflüchtete in Deutschland signifikant an. Das lag einerseits an einer seit 2015 zunehmenden Zahl von Asylsuchenden. Andererseits hing der Anstieg auch damit zusammen, dass seit 2016 mehr Leistungen, die mit Ausgaben für Geflüchtete im Inland verbunden sind, von der Bundesregierung als ODA angegeben werden. Während dieser Posten 2016 noch 28 Prozent der ODA ausmachte, ist er mittlerweile auf unter zehn Prozent abgesunken.

Auch die Bundesländer tragen zur ODA bei. Mit ihrem Anteil von fünf Prozent finanzieren sie vorrangig Studienplatzkosten in Deutschland für Personen aus Ländern, die von der OECD als „Entwicklungsländer“ eingestuft werden.

Die restlichen rund 20 Prozent setzen sich zusammen aus dem ODA-anrechenbaren Anteil des EU-Haushalts, den ODA-Mitteln weiterer Ministerien sowie aus Aufwendungen der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG).

Abbildung 1: Aufteilung der deutschen ODA nach Mittelherkunft
In Prozent, konstante Preise 2020



Quellen: OECD, Bundeshaushalt, eigene Berechnungen.

WIE WIRD SICH DIE DEUTSCHE ODA LAUT AKTUELLER PLANUNG BIS 2025 ENTWICKELN?

Der mittelfristigen Finanzplanung vom Sommer 2021 zufolge ist in den kommenden Jahren ein erheblicher Rückgang der ODA-Ausgaben zu erwarten. Dieser prognostizierte Rückgang ergibt sich maßgeblich aus geplanten Kürzungen im BMZ-Haushalt und im Haushalt des Auswärtigen Amtes: Demnach soll der BMZ-Haushalt ab 2023 auf 75 Prozent des Niveaus von 2020 sinken. Bis 2024 soll auch der Haushalt des Auswärtigen Amtes gekürzt werden und erst 2025 wieder leicht ansteigen. Nachdem 2020 und 2021 die 0,7-Prozent-Marke erreicht wurde, fielen diesen Planungen zufolge die ODA-Quote ab 2023 unter 0,6 Prozent und damit auf den niedrigsten Wert seit 2015.

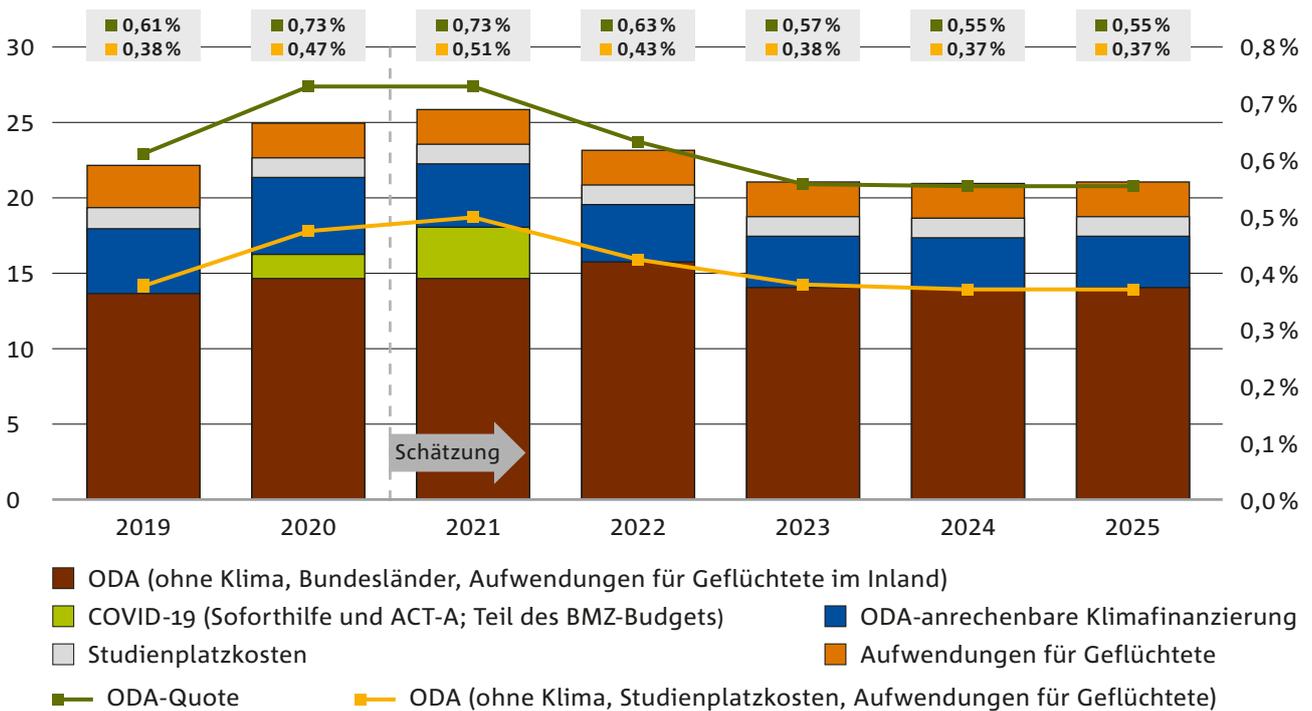
In den letzten Jahren hatte Deutschland seine Ausgaben im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe deutlich gesteigert. 2020 und 2021 bewirkte zudem die Corona-Pandemie eine Steigerung der ODA-Ausgaben: In dieser Zeit wurden mit dem Corona-Sofortprogramm zusätzlich zum regulären BMZ-Haushalt jährlich jeweils 1,55 Milliarden Euro bereitgestellt. Mit knapp einer Milliarde Euro kam 2021 noch der über das BMZ laufende Beitrag für die international koordinierte Antwort auf die Corona-Pandemie, des sogenannten Access to Covid-19 Tools Accelerator (ACT-A) hinzu.³ 2021 wird Deutschland voraussichtlich im zweiten Jahr in Folge etwas mehr als

3 BMZ, ↗ „Umsetzung des Corona-Sofortprogramms“, 2021, S. 9.

0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe aufwenden. Zum dritten Mal, seit 1970 das 0,7-Prozent-Ziel verabschiedet wurde, erreicht

Deutschland damit jene Quote, die von den Vereinten Nationen für die Industrieländer als Mindestmaß festgelegt wurde.

Abbildung 2: ODA-Vorausschau und ODA-Anteil am Bruttonationaleinkommen
In Milliarden Euro, konstante Preise 2020 (linke Achse); ODA-Quote (rechte Achse)



Quellen: BMZ, Bundeshaushalt, OECD, IWF.

Berechnungsmethode und Annahmen: Schätzung der ODA für die Jahre 2021–2025. Der Anteil einzelner Posten wurde bereits ab 2020 geschätzt. Die Schätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung basieren auf einer Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Entwicklung der ODA (ohne Klima, Studienplatzkosten und Aufwendungen für Geflüchtete im Inland) wurde auf Basis der mittelfristigen Finanzplanung für die Haushalte des BMZ und des Auswärtigen Amtes geschätzt. Andere Posten wurden (aufgrund fehlender Daten) als konstant angenommen. Die Posten für COVID-19 basieren auf Zusagen von Soforthilfen und Unterstützungen von ACT-A sowie auf eigenen Berechnungen darüber, inwieweit diese dann ODA-anrechenbare Teile des BMZ-Haushalts darstellen werden. Für die ODA-anrechenbare Klimafinanzierung wird angenommen, dass diese zu 100 Prozent den Haushaltsmitteln entspricht.⁴ Für die Jahre 2020–2021 wurden für die Prognose die Daten aus Abbildung 7 genutzt. Hinsichtlich der darauffolgenden Jahre wurde von einer Entwicklung der Mittel analog zum prognostizierten ODA-Niveau ausgegangen. Nicht aufschlüsseln ließen sich in der mittelfristigen Haushaltsplanung mögliche geplante Erhöhungen. Auf dem Niveau von 2020 (Quelle: OECD) wurden die Posten Studienplatzkosten und Aufwendungen für Geflüchtete fortgeschrieben.

4 Schätzung der ODA-anrechenbaren Klimamittel – Plausibilisierung der Annahme: ↗ Für 2020 gibt das BMZ an, dass 85 Prozent der Haushaltsmittel (das sind 4,33 Milliarden Euro) dem BMZ-Haushalt entstammten. Es wird angenommen, dass weitere Aufwendungen geleistet werden, beispielsweise durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). 2018 beliefen sich ↗ die ODA-Mittel des BMZ (letzte verfügbare Daten) auf 0,43 Milliarden Euro.

Wie hilfreich ist das 0,7-Prozent-Ziel?

Die Vereinten Nationen verabschiedeten 1970 das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe aufzuwenden. Und zwar als ein Mindestmaß für die entwicklungspolitischen Bemühungen der Industrienationen. Seither wurde es mehrfach erneuert. 2005 vereinbarten beispielsweise die EU-Staaten einen Stufenplan. Er sah vor, dass bis 2015 die EU-Mitgliedstaaten, die bis 2002 beigetreten waren, eine ODA-Quote von 0,7 Prozent erreichen sollten. Diese 0,7-Prozent-Quote ist auch in den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* – kurz SDG) festgeschrieben. Deutschland formulierte dieses Ziel unter anderem in seiner Nachhaltigkeitsstrategie. Alljährlich werden die Daten von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengestellt. Sie bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Geberländer miteinander zu vergleichen.

Allerdings enthält diese ODA-Statistik Kostenfaktoren, die aus Sicht der Zivilgesellschaft nicht einberechnet werden sollten.

Denn sie verzerren stark die Darstellung davon, wie viele Mittel tatsächlich in die Länder des globalen Südens gelangen. Bei diesen Kostenfaktoren handelt es sich um die Anrechnung der Aufwendungen für Geflüchtete im Inland und um die Studienplatzkosten für Personen aus Entwicklungsländern, die in Deutschland studieren. Ebenso wird die Klimafinanzierung eingerechnet, obwohl auf dem Klimagipfel in Kopenhagen vereinbart wurde, dass diese Mittel „neu und zusätzlich“ sein sollten. Wenn die Aufwendungen für Geflüchtete in Deutschland, Kosten für Studierende und ODA-anrechenbare Klimafinanzierung herausgerechnet werden, ergibt sich für 2021 eine ODA-Quote von 0,51 Prozent (statt 0,73 Prozent) und nach aktueller Finanzplanung für 2025 würden sogar nur noch 0,37 Prozent des BNE erreicht.

Somit ist die ODA-Quote zwar weiterhin eine international anerkannte und wichtige Vergleichsgröße. Doch wenn beurteilt werden soll, ob genug Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zur Verfügung stehen und welche Mittel wirklich in den Ländern des globalen Südens ankommen, ist sie allein nicht ausreichend.

ENTWICKLUNG DER FINANZIERUNG IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN

Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der deutschen ODA in Bereichen untersucht, die aus Sicht von VENRO besonders wichtig sind. Konkret geht es um die Finanzierung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die internationale Gesundheitsfinanzierung, die Abmilderung der Folgen des Klimawandels, die Ernährungssicherung, Geschlechtergerechtigkeit,

die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Zivilgesellschaftsförderung. VENRO hat diese Bereiche analysiert und internationalen Zielmarken und Vergleichswerten gegenübergestellt. Wie die Analyse zeigt, gelang es bislang – mit Ausnahme der Gesundheitsfinanzierung – trotz gesteigerter aufgewendeter Finanzmittel nicht, wichtige Zielmarken zu erreichen.

Unterstützung für die ökonomisch schwächsten Länder (*Least Developed Countries*)

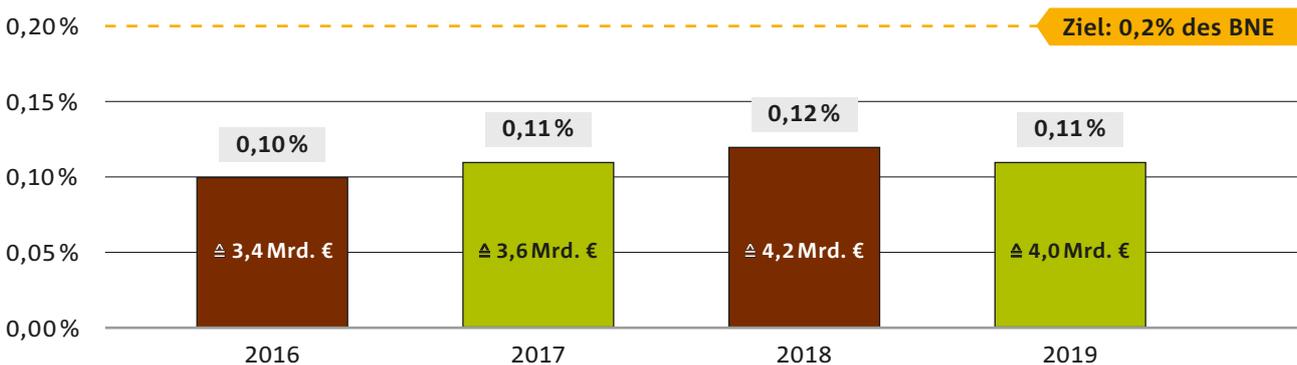
Der Leitgedanke der Agenda 2030 lautet „Niemanden zurücklassen“. Mit diesem Prinzip soll sichergestellt werden, dass bei allen Anstrengungen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, die schwächsten und am meisten benachteiligten Menschen nicht vergessen werden. Bereits 1990 einigten sich die Vereinten Nationen darauf, dass Geberländer ODA-Mittel in Höhe von 0,15 bis 0,2 Prozent ihres BNE für die LDC aufwenden sollten.⁵ 2015 wurde dieses Ziel im Rahmen der dritten internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba sowie in der Agenda 2030 erneut bekräftigt.⁶ Von 2016 bis 2019 stiegen die absoluten Ausgaben von rund 3,2 auf vier Milliarden Euro an. Damit wurden 2019 in Deutschland 0,11 Prozent des BNE für die LDC aufgewendet. Um das 0,2-Prozent-Ziel zu erreichen, fehlten 2019 rund drei Milliarden Euro. Deutschland blieb mit diesen 0,11 Prozent

auch um etwa 1,3 Milliarden Euro hinter der niedrigeren internationalen Zusage von zumindest 0,15 Prozent zurück.

Im OECD-DAC Peer Review wurde dies im Mai 2021 bemängelt. Darin wird auch darauf hingewiesen, dass künftig die Aufwendungen für LDC weiter absinken könnten. Aktuell zählen nur zwei der Top-20-Empfängerländer deutscher ODA zur LDC-Kategorie (darunter Afghanistan). Die Zahl der Partnerländer, mit denen eine direkte staatliche Zusammenarbeit besteht, wird infolge der BMZ-2030-Reform von insgesamt 85 auf 60 verringert. Von der Beendigung der Zusammenarbeit sind auch acht LDC betroffen.⁷

Um die Herausforderungen in den fragilen Kontexten, die in einigen LDC vorherrschen, zu bewältigen, ist es laut OECD-Bericht neben zusätzlichen finanziellen Ressourcen notwendig, die Politikkohärenz und die ressortübergreifende Koordinierung zwischen AA und BMZ zu vertiefen.⁸

Abbildung 3: Bilaterale ODA für Least Developed Countries (LDC), 2016–2019
In Milliarden Euro



Quellen: OECD, BMZ, Deutscher Bundestag Drucksache 19/26785, S. 85.

5 UN, ↗ „Report of the Second United Nations Conference on the Least Developed Countries“. Paris, 3–14 September 1990.

6 UN General Assembly, 2015, ↗ „Resolution adopted by the General Assembly on 27 July 2015“. Siehe auch UN, Addis Ababa Action Agenda, 2015: ↗ „The Action Agenda further encourages them to increase the target for ODA to the world’s poorest nations to 0.2 per cent of national income, with the European Union promising to do so by 2030.“

7 OECD, ↗ „OECD Development Co-operation Peer Reviews: Germany 2021“.

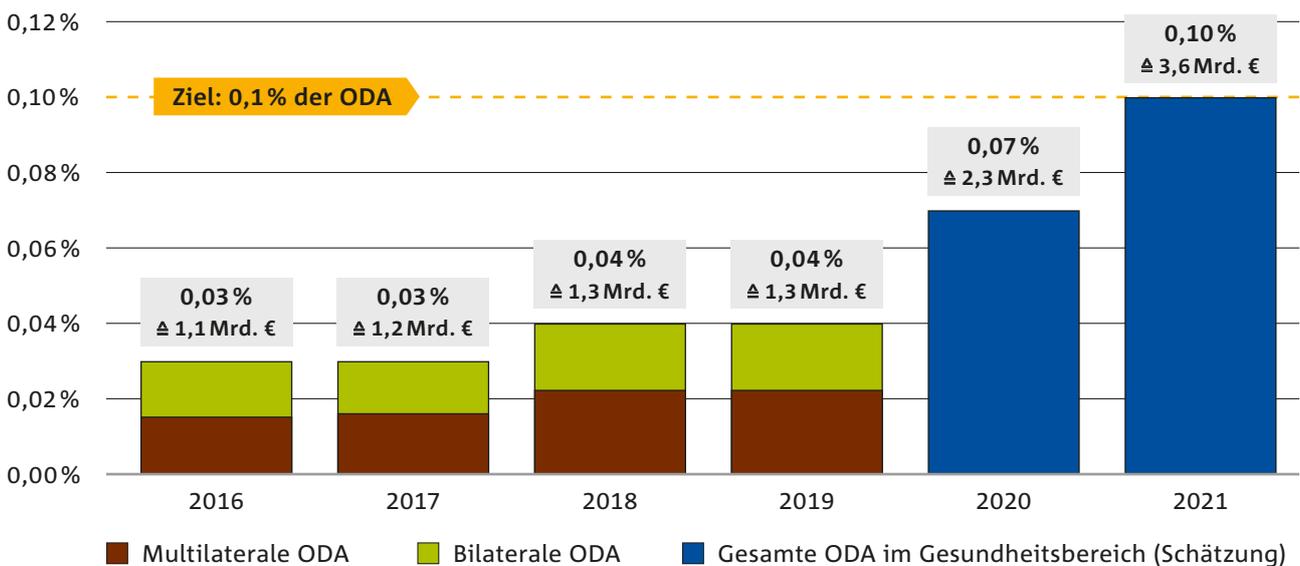
8 OECD, ↗ „OECD Development Co-operation Peer Reviews: Germany 2021“.

Gesundheit

Die Corona-Pandemie hat erneut die Bedeutung unterstrichen, die globaler Gesundheit zukommt. Gesundheit ist die Voraussetzung für eine persönliche und gesellschaftliche Entwicklung. Vor 20 Jahren errechnete die Sachs-Kommission, dass 0,1 Prozent des BNE der Geberländer gebraucht würde, damit allen Menschen essenzielle Gesundheitsleistungen zugänglich gemacht und Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria, HIV/AIDS und andere wirksam bekämpft werden könnten.⁹ Zwischen 2016 und 2019 summierten sich die ODA-Leistungen Deutschlands in diesem Bereich aber

anstatt auf 0,1 Prozent des BNE jeweils nur auf rund ein Drittel davon. Erst durch die massiven Bemühungen, 2020 und 2021 die Corona-Pandemie einzudämmen, wurden Deutschlands Ausgaben für die internationale Gesundheitsversorgung sprunghaft mehr als verdoppelt. Schätzungen des Missionsärztlichen Instituts Würzburg zufolge stiegen sie 2021 erstmals auf die 0,1-Prozent-Marke.¹⁰ Die Corona-Pandemie hat die internationale Gesundheitsarchitektur allerdings stark verändert. Deshalb scheint eine Neuberechnung der aktuellen Finanzierungsbedarfe im Gesundheitsbereich angebracht.

Abbildung 4: Multilaterale und bilaterale ODA mit Gesundheitsfokus, 2016–2019
Schätzung für 2020–2021 in Milliarden Euro



Quellen: OECD, Missionsärztliches Institut Würzburg (für 2020 und 2021).

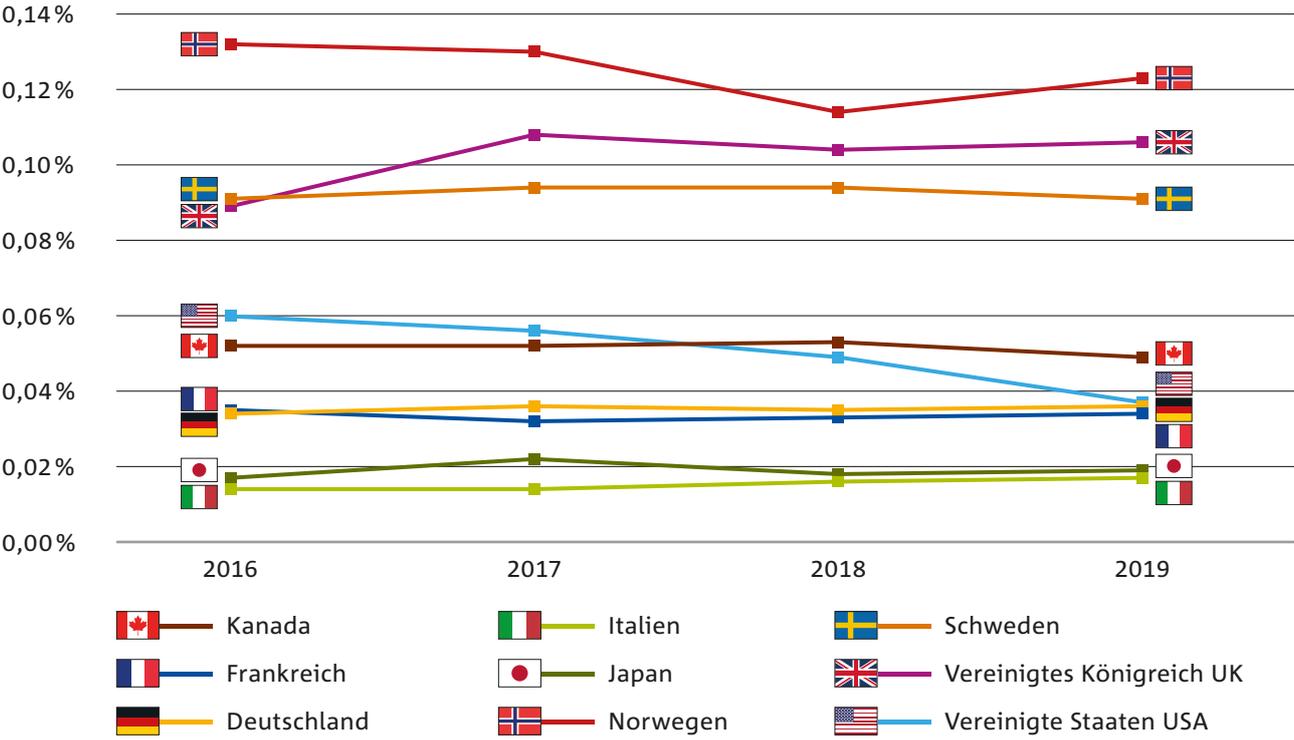
9 Diese Empfehlung der WHO-Kommission für Volkswirtschaft und Gesundheit unter der Leitung von Jeffrey Sachs erfolgte bereits 2001: „Wir glauben, dass die zusätzlichen Investitionen in die Gesundheit – welche die Geberländer rund 0,1 Prozent ihres Volkseinkommens kosten würden – sich vielfach auszahlen würden in Form von Millionen geretteter Menschenleben pro Jahr, beschleunigter Wirtschaftsentwicklung und gestärkter Weltsicherheit.“ Jeffrey D. Sachs (Vorsitz), *„Volkswirtschaft und Gesundheit: Investitionen in Gesundheit als Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung“*, 2001, S. 1.

10 Missionsärztliches Institut Würzburg und Kooperationspartner, Tilman Rüppel, Joachim Rüppel, „Zuschüsse für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich und die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie“, 2021. Methodik: Die Schätzung der Zuschüsse für die EZ im Gesundheitsbereich basiert auf einer Analyse der Autoren der Angaben des DAC/OECD sowie der relevanten Titel der Bundeshaushaltspläne. Für die Projektion der Entwicklung des BNE im Jahr 2021 wurden die Schätzungen des IWF (World Economic Outlook) vom April 2021 herangezogen.

Die Analyse der ODA-Ausgaben im Gesundheitsbereich zeigt, dass Deutschland bis 2019 deutlich hinter der empfohlenen Marke zurückblieb. Auch der internationale Vergleich verdeutlicht, dass

andere Staaten mehr in den Gesundheitsbereich investierten und sie gemessen an ihrer Wirtschaftskraft wesentlich höhere ODA-Leistungen erbrachten.

Abbildung 5: Gesundheitsfinanzierung – Anteil der ODA mit Gesundheitsfokus verschiedener Staaten



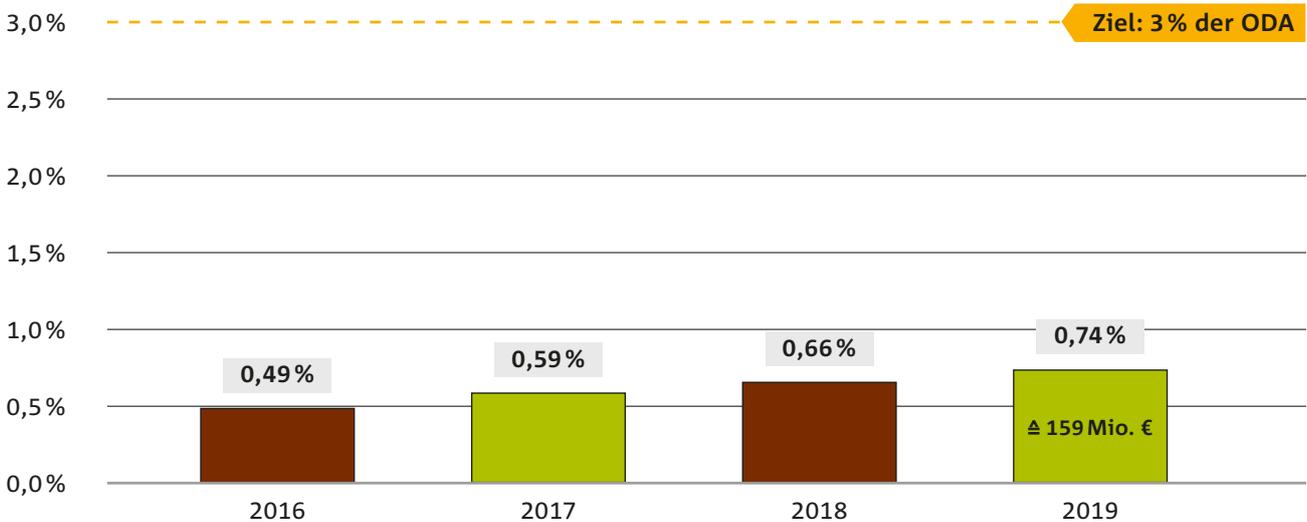
Quelle: OECD.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit zielt maßgeblich darauf ab, die Gesellschaft in Deutschland für nachhaltige Entwicklung im globalen Norden und weltweit zu sensibilisieren und sie zu mobilisieren. 1993 forderte das UN-Entwicklungsprogramm im *Human Development Report*, dass Mitgliedstaaten für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit im eigenen Land drei Prozent ihrer ODA-Ausgaben aufwenden sollten.¹¹ 2005 bekräftigten die EU-Mitgliedstaaten auf einer internationalen Konferenz zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit für Nord-Süd-Beziehungen diese Quote und nahmen sie als Empfehlung auf.¹²

Von 2016 bis 2019 steigerte Deutschland seinen ODA-Anteil für entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 0,49 auf 0,74 Prozent. Damit blieb Deutschland deutlich hinter der UNDP-Empfehlung zurück. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland von Bund und Ländern etwa 160 Millionen Euro für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit ausgegeben. Allerdings wären 650 Millionen Euro notwendig gewesen, um die UNDP-Empfehlung zu erfüllen. Dies kam 2019 also einer Unterfinanzierung von 490 Millionen Euro für diesen Bereich gleich.

Abbildung 6: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland, 2016–2019
In Prozent der gesamten ODA-Ausgaben



Quelle: OECD.

Anmerkung: Die Daten entstammen der OECD-DAC1-Tabelle. Für die Berechnung wurden die unter „1810: I.A.8.1. Development awareness“ aufgeführten Daten für entwicklungspolitische Bildungsarbeit genutzt. Für die Berechnung des ODA-Anteils dienten die ODA-Daten nach der Methode „Nettoauszahlungen“ (1010: I. Official Development Assistance (ODA) (I.A + I.B)).

11 UNDP, ↗ „Human Development Report“, 1993, S. 8.

12 ↗ European Conference on Awareness-Raising and Development Education for North-South Solidarity, 2005, S. 11, S. 13.

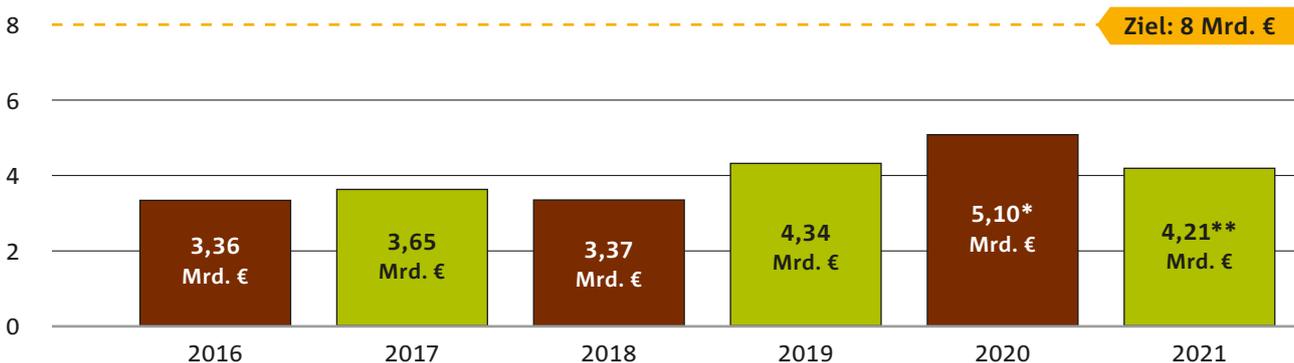
Bewältigung der Folgen des Klimawandels

Durch eine zunehmende Anzahl von Dürren, Waldbränden, Überschwemmungen und durch einen starken Verlust an Biodiversität sind die Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf dramatische Art und Weise sichtbar und spürbar geworden. Um diese Folgen abzufedern, werden beträchtliche Finanzmittel benötigt, insbesondere für eine Anpassung an den Klimawandel. Ende 2009 verpflichteten sich die Industrieländer auf dem Kopenhagener Klimagipfel zu dem Ziel, bis 2020 die Klimafinanzierung

auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu steigern. Diese Summe setzt sich aus Haushaltsmitteln der Industriestaaten sowie aus mobilisierten öffentlichen und privaten Finanzmitteln zusammen.¹³ Für 2020 sagte die Bundesregierung Haushaltsmittel in Höhe von 5,1 Milliarden Euro zu. Damit wurde die Zusage der Bundesregierung von 2015 eingehalten, bis 2020 die Mittel auf mindestens vier Milliarden Euro zu erhöhen.¹⁴ Für 2021 ist allerdings auf Basis der aktuellen Planzahlen (ohne Zinssubventionen und Zuschussäquivalente) mit einem niedrigeren Niveau von 4,21 Milliarden Euro zu rechnen.¹⁵

Abbildung 7: Klimafinanzierung, 2016–2021

Haushaltsmittel in Milliarden Euro
(inkl. Zinssubventionen und Zuschussäquivalenten von Darlehen)



Quellen: European Environmental Agency, BMZ, Oxfam.

* Der Wert für 2020 ist der zugesagte Wert der Bundesregierung.

** Der Wert für 2021 ist ein Planwert nach Berechnungen von Oxfam; dieser beinhaltet keine Zinssubventionen und Zuschussäquivalente von Darlehen.

Im Juni 2021 hat die Bundesregierung auf der G7-Konferenz zugesagt, die jährliche Klimafinanzierung bis 2025 von vier Milliarden Euro auf sechs Milliarden Euro zu steigern. Diese zugesicherte Erhöhung der Haushaltsmittel auf

sechs Milliarden Euro ist aus Sicht von VENRO allerdings zu niedrig, um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. 2025 sollte sie mindestens acht Milliarden Euro betragen.

13 Die ODA-Mittel unterscheiden sich von den hier betrachteten Mitteln. Eine ausführliche Erläuterung der Kennzahl „Klimafinanzierung“ findet sich bei: Jan Kowalzig, Oxfam, ↗ „Klimafinanzierung: Ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung“, 2021, und auf der Webseite ↗ „Deutsche Klimafinanzierung“.

14 BMZ, ↗ „Der deutsche Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung“, 2021.

15 Jan Kowalzig, Oxfam, ↗ Klimafinanzierung: Ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung“, 2021, S. 7.

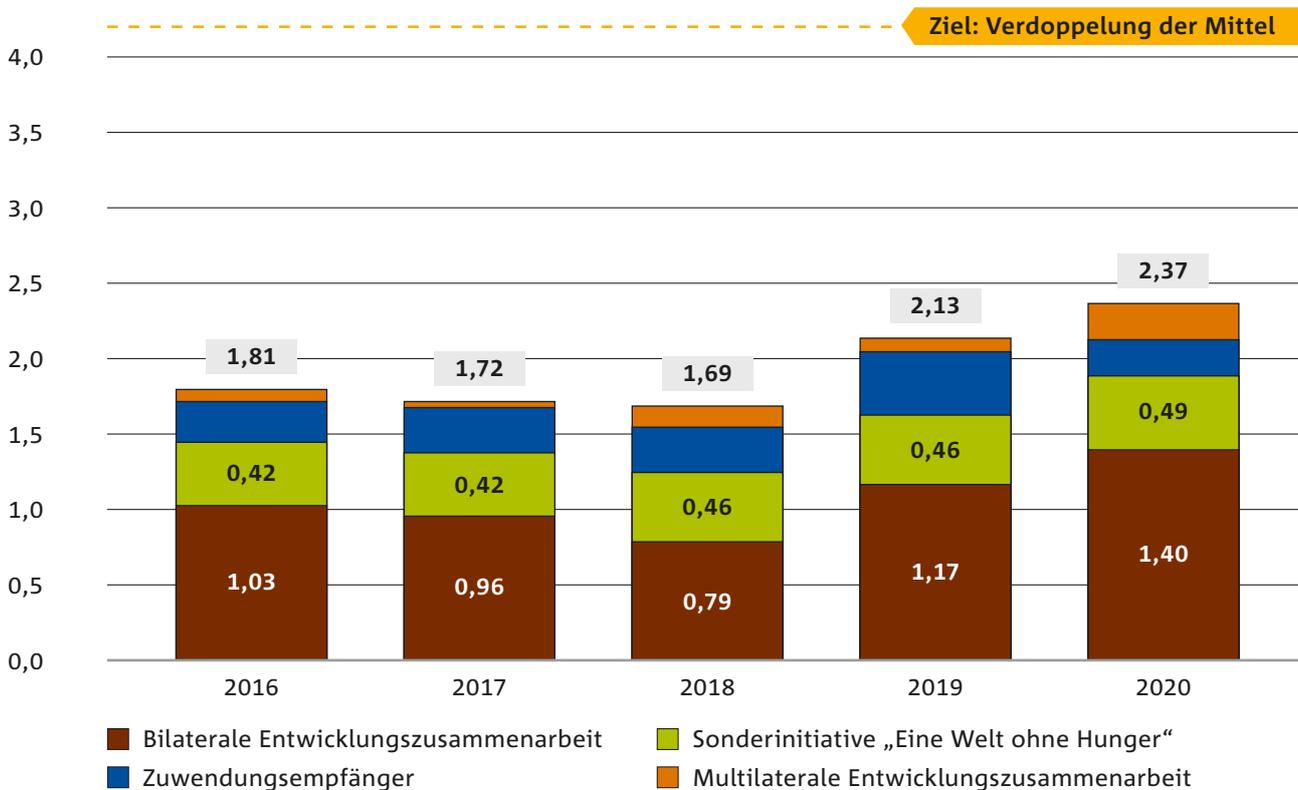
Ernährungssicherung

Laut einer Studie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und des Zentrums für Entwicklungsforschung der Universität Bonn (ZEF) müssten jährlich zusätzlich 39 bis 50 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, um das SDG-2-Ziel „Beendigung des Hungers“ zu erreichen. Dieser Studie nach wäre es im Bereich Ernährungssicherung notwendig, die G7-Ausgaben von aktuell rund 17 Milliarden US-Dollar um elf bis 14 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, nur um bis 2030 das weniger ambitionierte G7-Ziel zu verwirklichen und 500 Millionen Menschen vom Hunger zu befreien. Dies käme in etwa einer Verdoppelung der bereitgestellten G7-Mittel gleich.¹⁶

2018 sanken nach BMZ-Angaben die Ausgaben für ländliche Entwicklung von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf knapp 1,7 Milliarden Euro. Sie stiegen in den zwei Folgejahren wiederum deutlich an und betragen 2020 zuletzt 2,3 Milliarden Euro. Dieser Anstieg entsprang einer Ausgabensteigerung für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, die 2020 von 0,79 Milliarden Euro im Jahr 2018 auf 1,4 Milliarden Euro erhöht wurde.

Um den benötigten Mittelaufwuchs der G7 zu erreichen, sollte Deutschland mit gutem Beispiel voran gehen und seine Ausgaben für ländliche Entwicklung verdoppeln. Die Finanzierung gegenüber dem Niveau von 2019 zu verdoppeln, würde bedeuten, sie jährlich auf 4,3 Milliarden Euro zu erhöhen.

Abbildung 8: ODA-Ausgaben für Ländliche Entwicklung, 2016–2020
In Milliarden Euro



Quelle: BMZ.

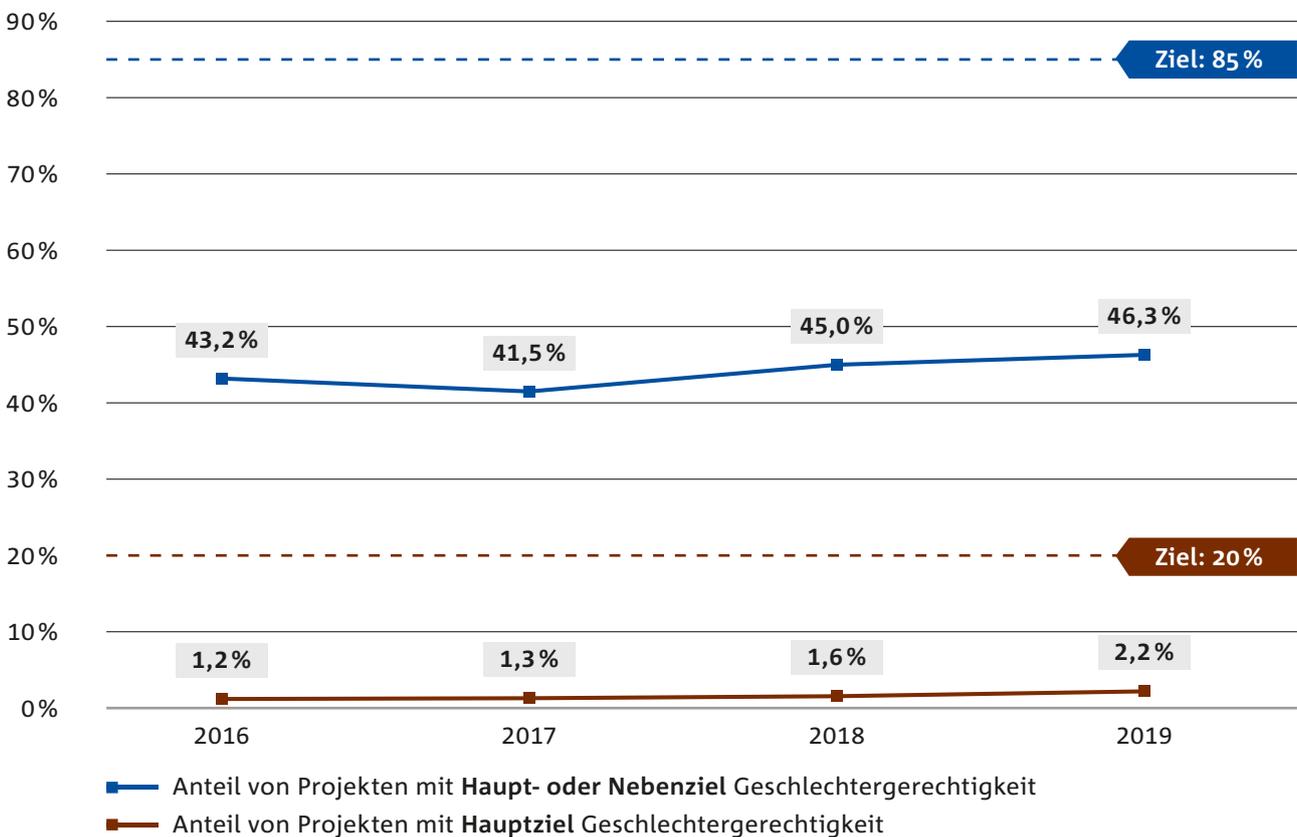
¹⁶ ZEF, FAO, ↗ „Investment Costs and Policy Action Opportunities For Reaching A World Without Hunger (SDG 2)“, 2020, S. VI und S. 50. Die Studie schätzt Deutschlands Engagement im Jahr 2019 auf 4,5 Milliarden US-Dollar (siehe ebenda, S. 23); für die hiesige Betrachtung werden etwas andere Daten zu „Ländlicher Entwicklung“ genutzt, die durch das BMZ bereitgestellt wurden.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine zentrale Voraussetzung für Entwicklung. Sie trägt dazu bei, dass Menschen aller Geschlechter ihre Rechte umsetzen und insbesondere Mädchen und Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Neben einer rechtlichen Gleichstellung ist es zentral, weltweit und in allen Gesellschaften geschlechtsspezifische Benachteiligungen und Diskriminierungen zu beseitigen. Geschlechtergerechtigkeit sollte sich folglich als ein Grundsatz

deutscher Entwicklungspolitik in allen bilateralen Vorhaben widerspiegeln. Wie aber der aktuelle OECD-DAC Peer Review feststellt, mangelt es der Bundesregierung in diesem Bereich an Initiative. 2019 flossen nur rund 46 Prozent der deutschen ODA¹⁷ in Projekte und Programme, die Geschlechtergerechtigkeit als ein Neben- oder Hauptziel verfolgten. 2019 lagen die Ausgaben für Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit bei nur 2,2 Prozent der deutschen ODA.

Abbildung 9: Anteil Geschlechtergerechtigkeit an deutschen ODA-Ausgaben



Quelle: OECD.

Wie sich in einem internationalen Vergleich verschiedener Geberländer zeigt, liegt Deutschland hier im unteren Mittelfeld. Länder wie Großbritannien, Kanada und Schweden schneiden dabei deutlich besser ab. Von 2016 bis 2019 wendete

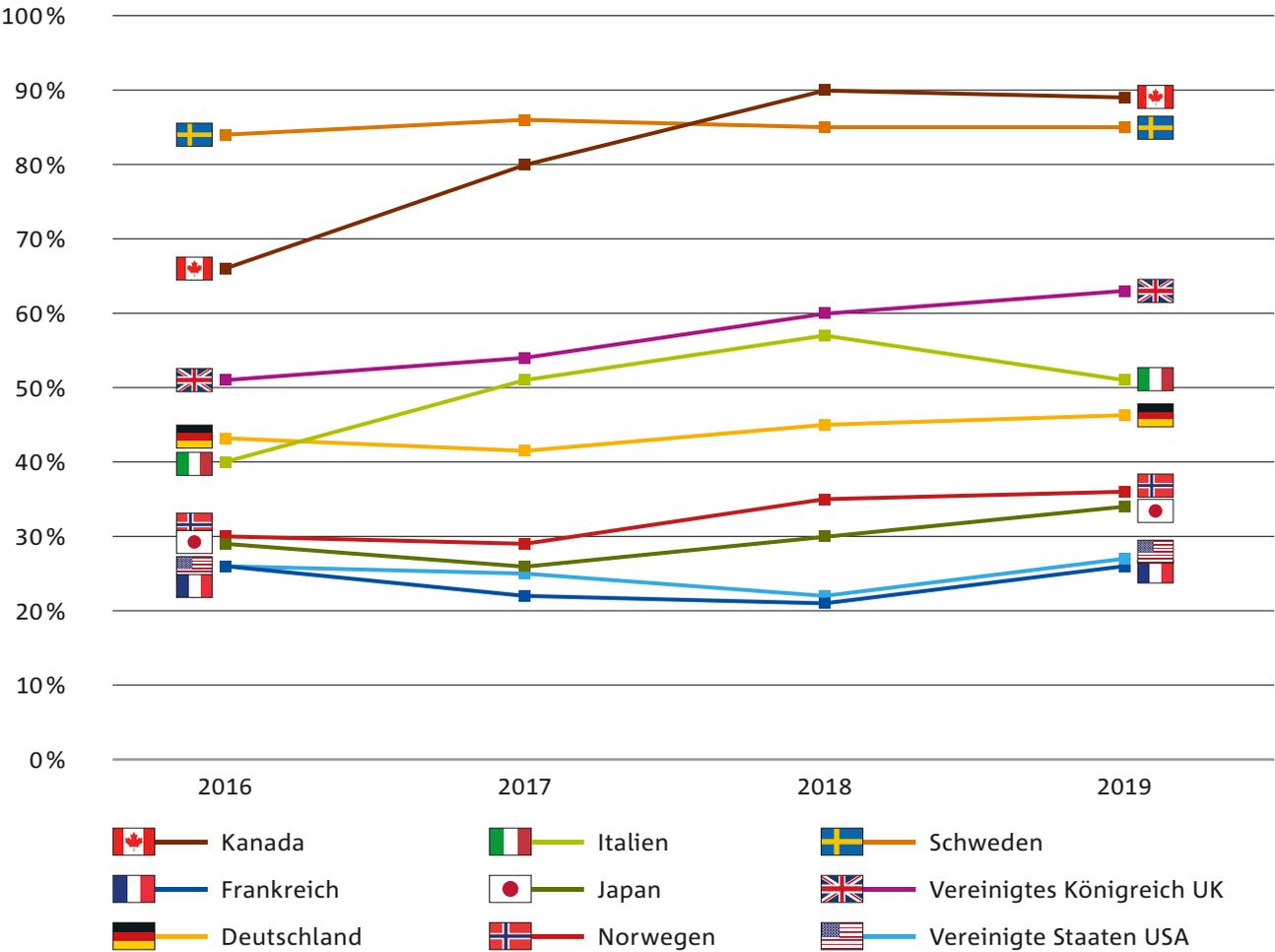
Schweden für Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit den zehnfachen Betrag auf. Damit kommen seine ODA-Ausgaben mit Haupt- und Nebenziel Geschlechtergerechtigkeit auf 85 Prozent.

¹⁷ Bezogen auf die Auszahlungen (Disbursements) der nach Sektoren aufteilbaren bilateralen deutschen ODA.

In Anlehnung an den *Gender Action Plan* der EU sollte Deutschland 85 Prozent seiner entwicklungspolitischen Mittel für Projekte und Programme mit dem Haupt- oder Nebenziel Geschlechtergerechtigkeit aufwenden.¹⁸ Dabei sollten 20 Prozent die Geschlechtergerechtigkeit zum

Hauptziel haben. Um dieses Ziel 2019 zu erreichen, hätten 2,4 Milliarden Euro mehr als tatsächlich geschehen in Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit fließen müssen.

Abbildung 10: Haupt- und Nebenziel Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Vergleich



Quelle: OECD.

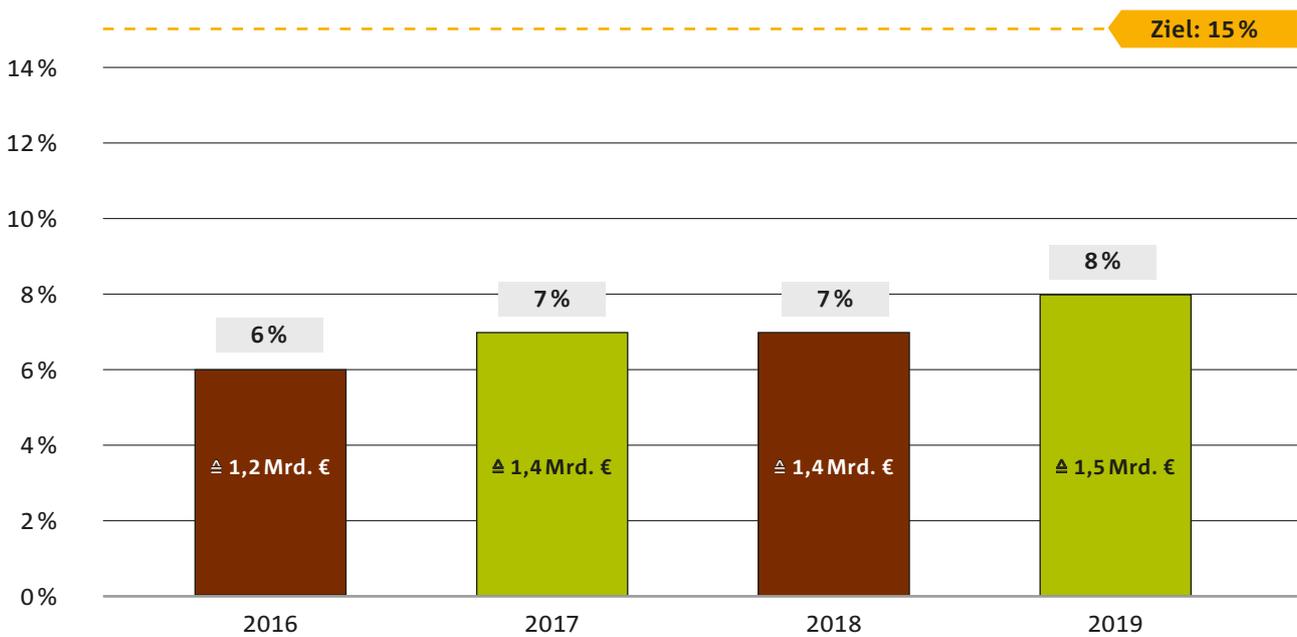
18 ↗ [EU Gender Action Plan III, 2021.](#)

Starke Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (NRO) spielen eine wichtige Rolle bei der Reduzierung von Armut, der Bekämpfung von Korruption, der Einhaltung von Menschenrechten und in der Humanitären Hilfe. Die Partnerorganisationen der deutschen NRO arbeiten direkt mit den Menschen vor Ort. Sie leisten auch in solchen Ländern entwicklungspolitische Arbeit, aus denen sich die staatliche Zusammenarbeit zurückgezogen hat. Das sind beispielsweise Haiti, Burundi, Nepal, Sierra Leone oder Liberia.

Durchschnittlich wenden die OECD-Geberländer 15 Prozent ihrer bilateralen ODA für die Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf.¹⁹ Im Betrachtungszeitraum 2016 bis 2019 lag der Anteil deutscher ODA-Mittel, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt wurden, allerdings nur zwischen sechs und acht Prozent.²⁰ 2019 fehlten rund 1,4 Milliarden Euro, um allein den OECD-Durchschnitt von 15 Prozent für die Arbeit der Zivilgesellschaft zu erreichen.

Abbildung 11: Bilaterale ODA mit zivilgesellschaftlichem Fokus, 2016–2019
In Prozent der gesamten bilateralen ODA



Quelle: OECD.

¹⁹ ↗ OECD.

²⁰ In absoluten Zahlen steigerte Deutschland die ODA an zivilgesellschaftliche Organisationen leicht von 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2019.

FAHRPLAN

Um bis 2025 die Zielmarken in den dargestellten Bereichen schrittweise zu erfüllen und die Aufwendungen für Humanitäre Hilfe nicht absinken zu lassen, werden in den nächsten vier Jahren insgesamt zusätzlich 31,2 Milliarden Euro an ODA-Mitteln benötigt. Im Bundeshaushalt 2022 bedeutete das ein Plus von rund 4,6 Milliarden Euro gegenüber der aktuellen Planung.²¹ Für die darauffolgenden Jahre fehlen sogar zwischen 7,2 und 10,5 Milliarden Euro.

Die ODA-Vorausschau (Abbildung 12) zeigt auch, dass nach aktueller Finanzplanung im Jahr 2025 fast sechs Milliarden Euro fehlen, um eine ODA-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen. Für die Zielerreichung in den untersuchten Bereichen müsste die deutsche ODA-Quote bis 2025 auf 0,83 Prozent des BNE steigen. Gegebenenfalls würde eine deutsche ODA-Quote von 0,7 Prozent ausreichen, wenn die Aufwendungen für die Klimafinanzierung²², für Geflüchtete im Inland und zur Finanzierung von Studienplatzkosten für Personen aus Entwicklungsländern nicht in die ODA-Quote eingerechnet würden (siehe Infobox „Wie hilfreich ist das 0,7-Prozent-Ziel?“).

Dieser Berechnung liegen die Zielmarken aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherung, Klimawandel und entwicklungspolitische Bildungsarbeit zugrunde. In den kommenden Jahren müssen auch die Investitionen in Geschlechtergerechtigkeit, die Unterstützung für die LDC und für die Arbeit der Zivilgesellschaft signifikant gestärkt werden, um das jeweilige Ziel zu erreichen. Im vorliegenden Modell wird an-

genommen, dass durch eine entsprechende interne Allokation der zusätzlichen Mittel die Ziele für Geschlechtergerechtigkeit, LDC und für die Zivilgesellschaft erreicht werden. Die ODA-Vorausschau wurde auf Basis der mittelfristigen Haushaltsplanung der Bundesregierung vom Sommer 2021 erstellt (siehe auch Abbildung 2).²³ Die Schätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung beruht auf der Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die zusätzlich benötigten Mittel lassen sich für die verschiedenen Bereiche aufschlüsseln (Abbildung 13). Der Großteil der benötigten Mittel verteilt sich auf die Bereiche Gesundheit (2025: +2,6 Milliarden Euro), Ernährungssicherung (2025: +2,3 Milliarden Euro) und Klima (2025: +4,6 Milliarden Euro²⁴). Zusätzliche 0,7 Milliarden Euro werden für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und rund 0,4 Milliarden Euro für die Humanitäre Hilfe benötigt.

Um auch die ökonomisch schwächsten Länder (LDC) entsprechend der internationalen Zielmarke zu berücksichtigen, müssten für diese Ländergruppe rund 35 Prozent der zusätzlichen ODA-Mittel vorgesehen werden. Um sich dem OECD-Durchschnitt bei der Finanzierung der Zivilgesellschaft anzunähern, müssten ebenfalls etwa 30 Prozent davon in die zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe fließen. Außerdem sollten 20 Prozent der nach Sektoren aufteilbaren bilateralen ODA Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel und 85 Prozent als Nebenziel verfolgen.

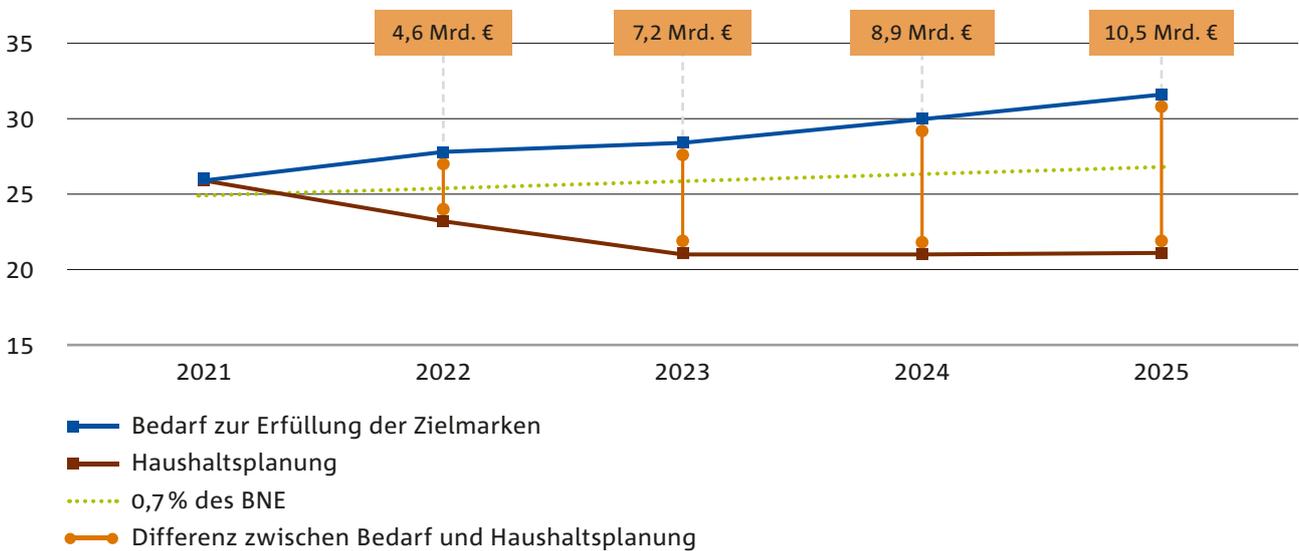
21 Basierend auf der Annahme, dass die Zielerreichung bis 2025 erfolgt und bis dahin die notwendigen Haushaltsmittel sukzessive erhöht werden.

22 Der Posten Klima steht in diesem Abschnitt für die klimarelevante Entwicklungsfinanzierung mit dem Hauptziel der Emissionsminderung und Anpassung.

23 Gesetzentwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2022, ↗ [Drucksache 19/31500](#).

24 Die aktuelle Planung berücksichtigt nicht die angekündigte Erhöhung der Klimafinanzierung auf sechs Milliarden Euro bis 2025 (siehe S. 10 „Folgen des Klimawandels“).

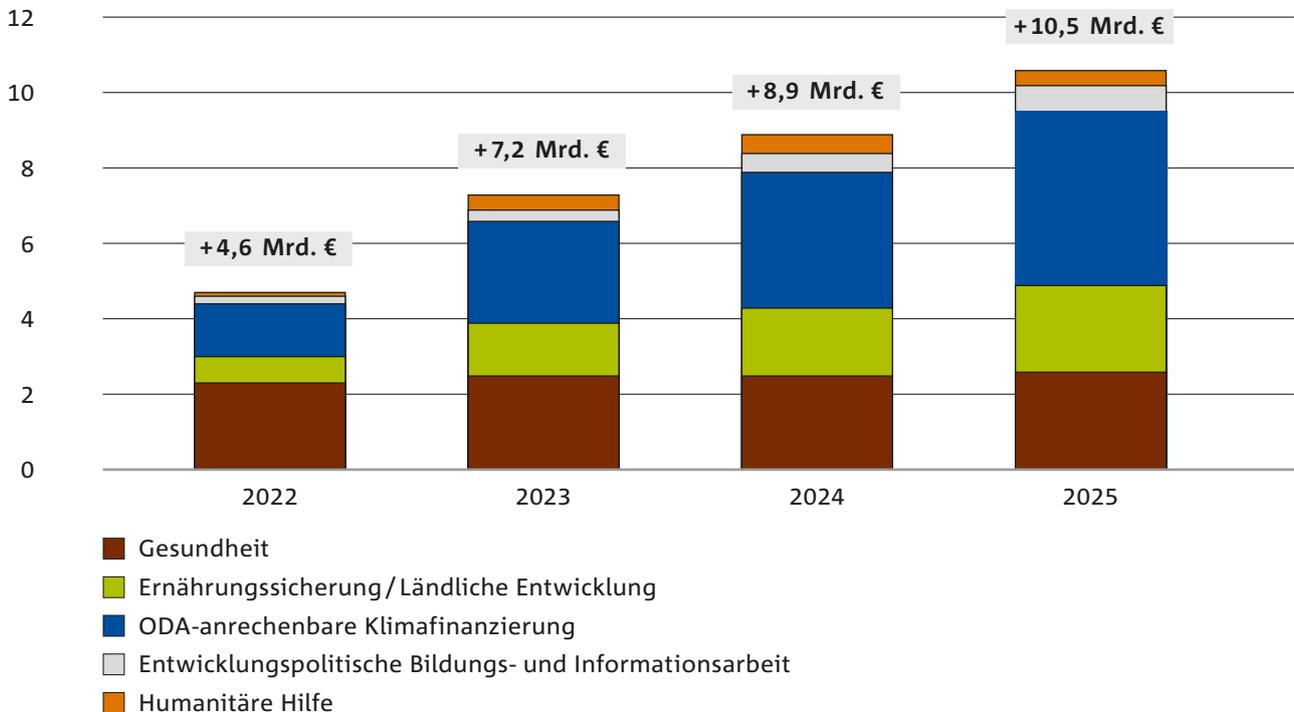
Abbildung 12: ODA-Wachstumspfad bei Erfüllung der VENRO-Forderungen bis 2025
 Betrachtung der Bereiche Gesundheit, Ernährungssicherung / Ländliche Entwicklung, Folgen des Klimawandels, Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Humanitäre Hilfe
 In Milliarden Euro, konstante Preise 2020



Quellen: OECD, Bundeshaushalt, IWF, eigene Berechnungen.

Annahmen: Für die Bereiche Gesundheit und Folgen des Klimawandels wurden für 2020 und 2021 die bereits im Bericht genannten Plan- bzw. Schätzwerte genutzt (Abbildung 4, Abbildung 7). Für die ODA-anrechenbare Klimafinanzierung wurde angenommen, dass diese zu 100 Prozent den Haushaltsmitteln entspricht (siehe Abbildung 2). Für die weiteren Bereiche wurde für 2020 das Niveau von 2019 fortgeschrieben. Anschließend wurde vom Ausgangsniveau bis zur Erreichung des Forderungsniveaus 2025 ein lineares Wachstum angenommen.

Abbildung 13: Zusätzlich benötigte Finanzierung, nach Bereichen aufgeschlüsselt
In Milliarden Euro



Quellen: OECD, Bundeshaushalt, eigene Berechnungen.

DATENGRUNDLAGE

Die Daten für den Bericht stammen aus verschiedenen Quellen. Soweit vorhanden wurden OECD-Daten (DAC-Tabellen und das *Creditor Reporting System*) genutzt.²⁵ Darüber hinaus wurden an einigen Stellen Daten des BMZ verwendet.²⁶ Für die Jahre 2020 und 2021 wurden die Daten durch das Missionsärztliche Institut Würzburg bereitgestellt – hierfür danken wir Tilman Rüppel und Joachim Rüppel.²⁷ Wir danken Jan Kowalzig von Oxfam für die Unterstützung bei der Erstellung des Abschnitts „Folgen des Klimawandels“.

Die Daten für 2021 in diesem Abschnitt entstammen seinen Berechnungen.

Die OECD-Daten wurden in US-Dollar heruntergeladen – konstante Preise 2019 – und mit OECD-Wechselkurs in Euro umgerechnet. Die Abbildungen fußen auf dem Preisniveau „konstante Preise 2019“; außer Abbildung 2 und Abbildung 12: „konstante Preise 2020“.

Bei Bedarf stellt VENRO gerne detaillierte Informationen bereit.

²⁵ ↗ <https://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/development-finance-standards/dacandcrscodlists.htm>.

²⁶ Zum Beispiel: ↗ <https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/51620-51620>.

²⁷ Zum Beispiel: ↗ http://odaforhealth.medmissio.de/resources/Health_Financing_Perspectives_paper_JR.pdf.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA:	Auswärtiges Amt
ACT-A:	Access to COVID-19 Tools Accelerator
BMZ:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE:	Bruttonationaleinkommen
CRS:	<i>Creditor Reporting System</i> : Gläubigerberichtssystem der OECD für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)
DAC:	<i>Development Assistance Committee</i> / OECD-Entwicklungsausschuss
DEG:	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
FAO:	<i>Food and Agriculture Organisation</i> / Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
EU:	Europäische Union
IWF:	Internationaler Währungsfonds
KfW:	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC:	<i>Least Developed Countries</i> / Die am wenigsten entwickelten Länder
NRO:	Nichtregierungsorganisation
ODA:	<i>Official Development Assistance</i> / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe
OECD:	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-DAC:	OECD-Entwicklungsausschuss
SDG:	<i>Sustainable Development Goals</i> / Ziele für nachhaltige Entwicklung (der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung)
UN:	<i>United Nations</i> / Vereinte Nationen
UNDP:	<i>United Nations Development Programme</i> / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
VENRO:	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
ZEF:	Zentrum für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn

VENRO-MITGLIEDER

A

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.
 action medeor
 ADRA Deutschland
 AGIAMONDO
 Aktion Canchanabury
 Aktion gegen den Hunger gGmbH*
 AMICA e.V.
 ANDHERI-HILFE e.V.
 Apotheker helfen e.V.
 Apotheker ohne Grenzen e.V.
 Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
 Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
 Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
 arche noVa
 Ärzte der Welt
 ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
 AT-Verband
 AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
 BONO-Direkthilfe
 BORDA e.V.
 Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
 Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland e.V.
 Caritas International
 Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
 CHANGE e.V.
 ChildFund Deutschland
 Christliche Initiative Romero
 Christoffel-Blindenmission Deutschland

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
 Das Hunger Projekt
 DED-Freundeskreis
 Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
 Deutsche Kommission Justitia et Pax
 Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
 Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
 DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
 Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
 Don Bosco Mondo
 DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

Eine Welt Netz NRW
 EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
 EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin
 Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung
 Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairtrade Deutschland e.V.
 Fairventures Worldwide
 FIAN Deutschland
 Forum Fairer Handel
 FUTURO SÍ

G

gemeinnützige energypedia UG
 Gemeinschaft Sant'Egidio
 German Doctors
 German Toilet Organisation
 Germanwatch
 GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

H

Habitat for Humanity Deutschland
 Handicap International
 Help – Hilfe zur Selbsthilfe
 HelpAge Deutschland
 Hilfe für Afrika e.V.
 Hoffnungszeichen / Sign of Hope
 humedica

I

Indienhilfe
 INKOTA-netzwerk
 Internationaler Bund (IB)
 Internationaler Hilfsfonds
 International Justice Mission Deutschland
 Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
 Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
 Islamic Relief Deutschland

J

JAM Deutschland
Johanniter-Auslandshilfe

K

KAIROS Europa
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care
Kindernothilfe
Kinderrechte Afrika
KOLPING International Cooperation e.V.

L

Lateinamerika-Zentrum
Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
Lichtbrücke
Light for the World

M

Malteser International
Marie-Schlei-Verein
materra – Stiftung Frau und Gesundheit
medica mondiale
medico international
MISEREOR
Mission East Deutschland e.V.
Missionsärztliches Institut Würzburg

N

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Neuapostolische Kirche-karitativ e.V.
nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.

O

OIKOS EINE WELT e. V.
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.
Opportunity International Deutschland
Ora International Deutschland
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
Oxfam Deutschland

P

Partnership for Transparency Fund e.V. (PTF Europe)*
Plan International Deutschland

R

Rhein-Donau-Stiftung

S

SALEM International
Samhathi – Hilfe für Indien
Save the Children Deutschland
Senegalhilfe-Verein
Senior Experten Service (SES)
Society for International Development Chapter Bonn (SID)
SODI – Solidaritätsdienst International
SOS-Kinderdörfer weltweit
Stiftung Childaid Network
Stiftung der Deutschen Lions
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Stiftung Kinderzukunft
Stiftung Nord-Süd-Brücken
SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
Susila Dharma – Soziale Dienste

T

Tearfund Deutschland e.V.
Terra Tech Förderprojekte
TERRE DES FEMMES
terre des hommes Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen (ToG)

V

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs
(VENROB)
Verein entwicklungspolitischer
Austauschorganisationen e.V. (ventao)

W

W. P. Schmitz-Stiftung
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
Weltfriedensdienst
Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
Welthaus Bielefeld
Welthungerhilfe
Weltladen-Dachverband
Weltnotwerk der KAB Deutschlands
Werkhof Darmstadt
Werkstatt Ökonomie
World University Service
World Vision Deutschland

* Gastmitglied

VENRO hat zurzeit 142 Mitglieder
(Stand: Oktober 2021)



IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

(VENRO)

Stresemannstr. 72

10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Die Analyse sowie die ihr zugrundeliegenden Berechnungen wurden von Laslo Jaeger, Neha Sontakke und Christian Franz von CPC Analytics im Auftrag von VENRO erstellt.

Für den Inhalt sind allein die Herausgeber verantwortlich.

Redaktion: Lukas Goltermann

Titelbild: Vladislav Gajic/Shutterstock

Layout: www.kalinski.media

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, Januar 2022

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 140 Organisationen an. Die NRO kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung globaler Ungleichheit und weltweiter Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik.
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik.
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen und eine nachhaltige Entwicklung.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

www.venro.org